



Ständiger Rat vom 29. März 2012

Antwort der Schweiz auf die Rede von Dunja Mijatovic, Beauftragte für Medienfreiheit

Herr Vorsitzender,

Wir heissen die Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, im Ständigen Rat willkommen und bedanken uns für ihren Tätigkeitsbericht und vor allem auch für ihre inspirierende mündliche Präsentation.

Die Schweiz begrüsst die Schwerpunktsetzung im Bereich neue Medien. Die Studie der Beauftragten für Medienfreiheit über die Situation der freien Meinungsäusserung im Zusammenhang mit der Internetregulierung im OSZE-Raum ist ein wichtiger Meilenstein, auf welchem die zukünftige Arbeit zugunsten der freien Meinungsäusserung im World Wide Web aufbauen kann. Es besteht breiter Konsens darüber, dass die freie Meinungsäusserung und die damit zusammenhängende Medienvielfalt im Bereich der klassischen, wie der neuen Medien prioritär zu fördern sind. Damit können demokratische Strukturen im OSZE-Raum weiter ausgebaut und gestärkt werden. Das Grundrecht auf freie Meinungsäusserung wird durch technologischen Fortschritt nicht verändert. Es geht vielmehr darum, den freien Informationsfluss auch auf neuen Plattformen zu garantieren, d.h. auch die Praxis in den einzelnen Staaten kritisch zu hinterfragen, unrechtmässige Einschränkungen aufzuzeigen und Anpassungen einzuleiten. Auf Basis ihres einzigartigen Mandats spricht die Beauftragte für Medienfreiheit beunruhigende Tendenzen an und steht den Teilnehmerstaaten bei der Behebung von Mängeln beratend zur Seite. Wir möchten diese Arbeit auch zukünftig unterstützen und freuen uns auf die

Veranstaltung des irischen Vorsitzes zu Internetfreiheit von 18. – 19. Juni in Dublin.

Herr Vorsitzender,

Die Schweiz ist tief besorgt über die andauernden Repressalien gegen Journalisten, Blogger und Internetaktivisten. Besonders exponiert und gefährdet sind diese, wenn sie aus Protesten und über Protestbewegungen berichten. Alle Staaten haben die Verantwortung eine sichere Atmosphäre zu schaffen, in welcher Meinungspluralität, kritische Diskurse und friedlicher Protest stattfinden können. In diesem Kontext muss auch die Sicherheit von Berichterstattern immer gewährt sein.

Letzte Woche wurde im UNO Menschenrechtsrat die Resolution über den Schutz von Menschenrechten im Kontext friedlicher Proteste per Konsens angenommen. Die Schweiz ist Initiantin dieser Resolution. Wir möchten deshalb nochmals in Erinnerung rufen, welche Bedeutung die freie Meinungsäusserung, auch durch friedlichen Protest, für demokratische Gesellschaften hat. Alle Menschen müssen auf Missstände aufmerksam machen dürfen, sowie ihre Hoffnungen und damit zusammenhängenden Forderungen friedlich ausdrücken können. Dabei sollen sie sich nicht fürchten müssen, geschlagen, willkürlich verhaftet, inhaftiert, gefoltert oder getötet zu werden. Die im *OSCE Safety of Journalists Guidebook* reflektierten guten Praxen und Empfehlungen von Vilnius (Vilnius Recommendations) sind richtungsweisend und zeigen den Staaten und insbesondere ihren rechtssetzenden Organen, wie sie ihrer Verantwortung und den Verpflichtungen in diesem Bereich besser gerecht werden können.

Herr Vorsitzender,

Der Bericht von Frau Mijatovic zeigt auf, wie notwendig es ist, dass die freie Meinungsäusserung allgemein und in den neuen Medien hoch auf unserer Agenda bleiben. Die Schweiz bedankt sich für das Engagement der Beauftragten für Medienfreiheit, für den Einsatz des litauischen Vorsitzes 2011 und des irischen Vorsitzes 2012 und versichert Ihnen ihre fortdauernde Unterstützung.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.